

Veranstaltung/NLK/Jubiläumsgemeindetag ***ORIGINALTEXT-SERVICE***

Jubiläumsgemeindetag schwarz auf weiß

Utl.: Gratulationen und wichtige Zusagen=

St.Pölten (NLK) - Der 44. Österreichische Gemeindetag in Wien stand heuer am 16. Mai im Zeichen des 50-Jahr-Jubiläums des Österreichischen Gemeindebundes, war aber vor allem auch von bedeutenden aktuellen Fragen geprägt. Nunmehr hat der Österreichische Gemeindebund alle im Austria Center gehaltenen Reden in einer 60seitigen Broschüre festgehalten und diese Dokumentation an alle Gemeinden so-wie an Institutionen, Bundes-und Landesdienststellen versandt. Zu Wort kommen Gemeindebundpräsident Franz Romeder, Wiens Vizebürgermeister DDr. Bernhard Görg, der niederösterreichische Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll als Vertreter der Bundesländer, Innenminister Mag. Karl Schlögl, Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Bundespräsident Dr. Thomas Klestil. In den Reden kommt immer wieder zum Ausdruck, welche Bedeutung die Interessenvertretung der Kommunen in den fünfzig Jahren ihres Bestehens erlangt hat. Entscheidend für den Gemeindebund waren aber vor allem die Zusagen der Spitzenvertreter der Republik in Hinsicht auf eine baldige Beschlußfassung des Konsultationsmechanismus.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Pressestelle
Tel.: 02742/200/2180

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0149 1997-09-05/12:12

051212 Sep 97

Kommunales/NLK/Gemeindebund

ORIGINALTEXT-SERVICE

Gemeindebund-Präsident Romeder zieht Halbjahresbilanz

Utl.: Bemühungen um Konsultationsmechanismus im Mittelpunkt=

St.Pölten (NLK) - Das erste Halbjahr 1997 stand für den Österreichischen Gemeindebund vor allem im Zeichen des 50-Jahr-Jubiläums und damit einer "Chronik des Erfolges". Vor allem beim 44. Österreichischen Gemeindetag in Wien im Mai wurde das Wirken der Interessenvertretung der kleineren und mittleren Gemeinden von höchsten Vertretern der Republik gewürdigt. Es war der bisher bestbesuchte Gemeindetag in der Geschichte der Interessenvertretung und damit eine eindrucksvolle Demonstration für die Bedeutung der Kommunen. "Aber", so Präsident Franz Romeder, "wir haben selbstverständlich nicht nur gefeiert." Nach den historischen Weichenstellungen im Herbst 1996 - Finanzausgleich, Spitalsfinanzierung, Unterzeichnung des Konsultationsmechanismus - und den Jubiläumsveranstaltungen begann ein arbeitsreicher "Alltag".

Als besonderen Erfolg des Gemeindebundes bezeichnete es Präsident Romeder, daß es gelungen ist, das Thema Konsultationsmechanismus "am Kochen" zu erhalten. Es ist vor allem dem Einsatz und den ständigen Mahnungen der kommunalen Interessenvertretung zu danken, daß trotz einzelner Widerstände das von den Gebietskörperschaften ausgehandelte Paktum voraussichtlich unmittelbar nach dem Sommer vom Bundesparlament und anschließend von den Landtagen beschlossen wird. Romeder: "Das ist eine Existenzfrage für die Gemeinden, denen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer wieder zusätzliche Belastungen aufgebürdet wurden, ohne daß die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Nur bei einem funktionierenden Konsultationsmechanismus werden die Kommunen in der Lage sein, ihren Beitrag zur Erreichung der Maastricht-Kriterien zu leisten und gleichzeitig auch künftig als größte öffentliche Investoren und damit als

Arbeitsplatzsicherer zu wirken." Romeder erinnerte daran, daß aus den Gemeindebudgets jährlich rund 55 Milliarden Schilling in die heimische Wirtschaft fließen - und zwar flächendeckend in allen Regionen - und daß die österreichischen Gemeinden ohne Wien Arbeitgeber für 80.000 Männer und Frauen sind.

Einmal mehr betonte Romeder, daß für die Kommunen eine Abschaffung der Getränkesteuer - insgesamt rund 6 Milliarden Schilling pro Jahr - nicht verkraftbar und daher unakzeptabel wäre. Ein Ausgleich in anderer Form erscheint bei der derzeitigen finanziellen Situation des Bundes nicht vorstellbar. Außerdem seien es letztlich die Gemeinden, die mit ihren Infrastrukturmaßnahmen die Voraussetzungen für den Tourismus schaffen.

"Im Jahr 2000 wird mit Wirksamkeit 2001 der neue Finanzausgleich auszuverhandeln sein. Bis dahin brauchen unsere Gemeinden Rechtssicherheit und stabile Einnahmen. Wir haben daher alles zu unternehmen, daß diese Situation erhalten bleibt, obwohl alle Vorbereitungen zu treffen sind, aus der Sicht der Gemeinden die Umstellung auf den Euro auch finanztechnisch zu bewältigen", hielt Romeder fest. "Der Alltag wird uns auch in den kommenden Monaten immer wieder fordern. Allen Bürgermeistern und Gemeindevertretern einen schönen Sommer, womöglich gute Erholung und den bäuerlichen Freunden eine gute Ernte."

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung,

Pressestelle, Tel.: 02742/200/2312

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0070 1997-07-17/10:49

171049 Jul 97

OTS0208 5 II 0271 NLK011

Fr, 16.Mai 1997

NÖ/Kommunales/Gemeindetag

ORIGINALTEXT-SERVICE

Jubiläums-Gemeindetag in Wien

Deutliches Ja zum Konsultationsmechanismus =

Wien (OTS) - Mit dem 44. Österreichischen Gemeindetag im Wiener Austria Center feierte heute der Österreichische Gemeindebund sein fünfzigjähriges Bestehen. Die "Chronik eines Erfolges" wurde ausführlich gewürdigt, aber die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs stand keineswegs im Zeichen des Rückblicks. Dafür sorgte schon Gemeindebundpräsident Franz Romeder, der bereits im Vorfeld des Gemeindetages von den Vertretern des Bundes und der Länder "Pakttreue" hinsichtlich des Konsultationsmechanismus eingefordert hatte. Seine rasche Umsetzung sei Voraussetzung dafür, daß die Gemeinden weiterhin als größter öffentlicher Auftraggeber Arbeitsplätze sichern und gleichzeitig die Maastricht-Kriterien erfüllen können. Im Austria Center legten heute alle Redner - Wiens Vizebürgermeister Dr. Bernhard Görg, Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll als Vertreter der Landeshauptleutekonferenz, Innenminister Mag. Karl Schlögl, Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler Mag. Viktor Klima und Bundespräsident Dr. Thomas Klestil - ein klares Bekenntnis zum Konsultationsmechanismus ab. Der Bundeskanzler: "Ich bin überzeugt, daß er noch vor dem Sommer vom Nationalrat und dann von den Landtagen beschlossen wird."

Landeshauptmann Pröll, der im Vorjahr als damaliger Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz den Konsultationsmechanismus mitverhandelt und unterschrieben hat, betonte, daß damit über den materiellen Bereich hinaus ein neues Vertrauensverhältnis zwischen den Gebietskörperschaften geschaffen wurde. Diese "neue Qualität" unterstrich auch der Bundeskanzler, der darüber hinaus ebenso wie Innenminister Schlögl weitere Initiativen zur Verwirklichung der Bundesstaatsreform ankündigte.

Selbstverständlich würdigten alle Redner das Jubiläum des Gemeindebundes, dem 99 % der österreichischen Gemeinden angehören. Wesentliche Meilensteine waren die

Gemeindeverfassungsnovelle 1962 und die Verankerung als Interessenvertretung in der Bundesverfassung, die 1988 nach langen und schwierigen Verhandlungen erreicht wurde. Damit haben Österreichs Gemeinden innerhalb des Staatsgefüges eine Position erreicht, die europaweit einzigartig ist.

Rückfragehinweis: Amt der NÖ Landesregierung

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0208 1997-05-16/13:44

161344 Mai 97

APA0304 5 II 0298

F. APA0075/16.05 Fr, 16.Mai 1997

Föderalismus/Kommunales/Gemeindebund/Klima/Schüssel

Gemeindetag 2 - Klima: Getränkesteuer steht nicht zur Debatte

Utl.: Anzeigenabgabe vereinheitlichen und künftig "etwas geringer" -

Schlögl: Gemeinden sollen größter Investor bleiben können -

Schüssel: Kommunen als Stabilitätsanker Wien/APA =

Bundeskanzler Viktor Klima sprach sich am Freitag beim 44. Gemeindetag in Wien gegen eine Diskussion über die Abschaffung der Getränkesteuer aus, solange die Finanzierung der Kommunen nicht gesichert sei. Der SPÖ-Chef versprach den Vertretern der Gemeinden laut SPÖ-Pressedienst außerdem, daß bis Jahresende der Konsultationsmechanismus, der eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden gewährleisten soll, den Nationalrat passieren werde. Vizekanzler Wolfgang Schüssel betonte die Bedeutung der Gemeindechefs als bürgernächste Instanz. ****

Die Anzeigenabgabe - neben der Getränkesteuer eine weitere wichtige Einnahmequelle für die Gemeinden - solle bundeseinheitlich geregelt werden und künftig "etwas geringer" ausfallen, so Klima weiter.

Der für die Kommunen zuständige Innenminister Karl Schlögl betonte, daß Autonomie und finanzieller Spielraum der Gemeinden gewahrt bleiben müssen, damit diese größter Investor bleiben können. Klima und Schlögl erwarten von der Bundesstaatsreform eine Aufgabenteilung von Bund, Ländern und Gemeinden zugunsten einer kostensparenden und bürgernahen Verwaltung. "Diese Reform ist ein wesentlicher Schritt vom Hoheitsstaat zum bürgernahen Staat", so der Bundeskanzler.

Schüssel bezeichnete die Gemeinden als "Stabilitätsanker" in "Zeiten der ständigen Veränderung und Globalisierung". Der wichtigste "Rohstoff Österreichs" - so der Außenminister laut ÖVP-Pressedienst - sei Bildung, weshalb die Kommunalpolitiker der Jugend entsprechende Chancen einräumen sollte.

"Wir haben derzeit eine Vertrauenskrise in der Politik", so Schüssel weiter. Gemeinsam müsse man dem gegensteuern, "indem man Netzwerke der Solidarität von unten nach oben knüpft". In einer neuen Weltordnung müßte es eine Solidarität zwischen Reich und Arm, Beitragszahler und Beitragsempfänger, Arbeitenden und Arbeitslosen geben. "Es darf nicht so sein, daß ein paar wenige das, was sie besitzen, nicht teilen wollen - und draußen vor der Tür die Warteschlange immer länger wird."

(Forts. mögl.) ws

APA0304 1997-05-16/12:52

161252 Mai 97

OTS0148 5 II 0204 NSK004

Fr, 16.Mai 1997

Klima beim Gemeindetag: Getränkesteuer steht nicht zur Debatte Schlögl: Finanziellen Spielraum der Gemeinden wahren=

(SK) "Ich bin nicht bereit, über die Abschaffung der Getränkesteuer zu diskutieren, solange die Finanzierung der Gemeinden nicht gesichert ist", versicherte Bundeskanzler Viktor Klima am Donnerstag beim 44. Gemeindetag in Wien. Weiters sprach sich Klima für eine bundeseinheitliche Regelung der Anzeigenabgabe, die künftig etwas geringer ausfallen soll als bisher, aus. Der Konsultationsmechanismus, der eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden gewährleisten soll, wird laut Klima noch vor Jahresende endgültig vom Nationalrat beschlossen. Innenminister Karl Schlögl betonte, daß Autonomie und finanzieller Spielraum der Gemeinden gewahrt bleiben müssen, damit diese größter Investor bleiben können. ****

"Wer anschafft, soll auch zahlen", begrüßte auch Schlögl die Regelung des Konsultationsmechanismus. Bis jetzt sei viel von oben nach unten delegiert worden. Nun solle ein höheres Vertrauensverhältnis zwischen den drei Gebietskörperschaften garantiert und ein wichtiges Signal für die Zukunft gesetzt werden. Klima unterstrich, daß nicht "jemand blockiert", sondern eine bessere gemeinsame Lösung gefunden werden solle. Sowohl der Bundeskanzler als auch der Innenminister erwarten von der Bundesstaatsreform eine Aufgabenteilung von Bund, Ländern und Gemeinden zugunsten einer kostensparenden und bürgernahen Verwaltung. "Diese Reform ist ein wesentlicher Schritt vom Hoheitsstaat zum bürgernahen Staat", so Klima abschließend. (Schluß) es

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0148 1997-05-16/12:14

161214 Mai 97

OTS0140 5 II 0245 NVP002

Fr, 16.Mai 1997

44. Gemeindetag/ÖVP/Schüssel

ORIGINALTEXT-SERVICE

SCHÜSSEL: FRAGEN DER BÜRGER ZULASSEN =

Wien, 16. Mai 1997 (ÖVP-PD) Die Bürgermeister sind den Bürgern - wie ja bereits der Name sagt - am nächsten. Bei Fragen und Problemen, die sich in Zeiten der Veränderung zwangsläufig ergeben, sind sie Ansprechpartner Nummer Eins und daher von enormer Bedeutung. Dies sagte heute, Freitag, Außenminister Dr. Wolfgang SCHÜSSEL beim 44. Gemeindetag im Austria Center. ****

SCHÜSSEL bat die Bürgermeister von Österreichs Gemeinden, ihre Verantwortung ernst zu nehmen und Fragen der Bürger zuzulassen. In Zeiten der ständigen Veränderung und Globalisierung sei die Gemeinde, ebenso wie die Familie, ein Stabilitätsanker.

Als wichtigsten Rohstoff Österreichs nannte SCHÜSSEL die Bildung und richtete einen Appell an die Gemeindepolitiker, der Jugend die bestmöglichen Bildungschancen einzuräumen.

"Viele Dinge können auf Gemeindeebene, andere jedoch müssen auf nationaler oder übernationaler Ebene gelöst werden", so SCHÜSSEL. Das Verhältnis des Ganzen zu den Teilen, der Einheit zur Vielfalt müsse rasch geklärt werden. So wichtig das europäische Projekt EURO sei, so wichtig sei es auch, daß die kulturelle Buntheit Europas erhalten bleibe.

"Wir haben derzeit eine Vertrauenskrise in der Politik", sagte SCHÜSSEL. Gemeinsam müsse man dem gegensteuern indem man Netzwerke der Solidarität von unten nach oben knüpft. In einer neuen Weltordnung müßte es eine Solidarität zwischen Reich und Arm, Beitragszahler und Beitragsempfänger, Arbeitendem und Arbeitslosen geben. "Es darf nicht so sein, daß ein paar wenige, das was sie besitzen, nicht teilen wollen und draußen vor der Tür wird die Warteschlange immer länger wird", schloß der Außenminister. (Schluß)
nnnn

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0140 1997-05-16/12:02

161202 Mai 97

APA0075 5 II 0382

Fr, 16.Mai 1997

Föderalismus/Kommunales/Gemeindebund/Klestil

Gemeindetag: Klestil: Abschied von politischen Besitzständen nötig 1

Utl.: "Kampf gegen alte und immer neu entstehende Privilegien auch in Zukunft fortsetzen" =

Wien (APA) - Bundespräsident Thomas Klestil bekräftigte Freitag beim 44. Gemeindetag im Austria Center, daß unabhängig von der Neuordnung der Politiker-Einkommen "der Kampf gegen alte und immer neu entstehende Privilegien auch in Zukunft fortgesetzt werden muß". Man werde "fähige und engagierte Personen nur dann zur Mitarbeit gewinnen können, wenn sie die bestehende öffentliche Verwaltung nicht als lähmenden bürokratischen Apparat empfinden - und die politischen Parteien nicht primär als Vertreter von Gruppeninteressen und Privilegien". ****

Dabei gehe es keineswegs nur um finanzielle Vorteile, betonte Klestil. Mindestens ebenso wichtig sei "der Abschied von politischen Besitzständen, die mit den Erfordernissen einer modernen Demokratie nicht zu vereinbaren sind. Das gilt für den überzogenen Machtbereich des Staates in unserer Gesellschaft, es gilt für den überdehnten Anspruch der Parteien - und es gilt für unkontrollierte und unkontrollierbare Einflußnahmen im Vorfeld von Politik, Wirtschaft und Kultur."

Nach wie vor existiere "ein Gestrüpp von etablierten Ansprüchen und Vernetzung, das für Außenstehende völlig undurchschaubar ist und das den Blick des Bürgers auf seinen eigenen Platz und seine Möglichkeiten der Mitgestaltung an der Demokratie verdeckt", kritisierte Klestil.

Viel zu viele Menschen haben aus der Sicht Klestils "nach wie vor das Gefühl, daß es neben den gut funktionierenden Institutionen der Gewaltenteilung und des Parteienpluralismus eine Schattenwelt gibt, in der wesentliche Entscheidungen fallen". Es sei "höchst an der Zeit, diese Defizite an Demokratie, Transparenz und Demut vor einer öffentlichen Aufgabe rasch zu überwinden, denn Kartelle jeder Art schaden nicht nur der Marktwirtschaft sondern auch der Demokratie".

Klestil nahm das 50-Jahr-Jubiläum des Gemeindebundes auch zum Anlaß, um auf den wichtigen Beitrag der Städte und Gemeinden zum Integrationsprozeß zu verweisen. Die Städte- und Gemeindepartnerschaften seien "ein wesentliches Element unserer Friedensordnung". Mit ihnen "wurde ein enormes Vertrauenspotential aufgebaut, das ein wichtiger Baustein für die Zukunft in Mitteleuropa ist".

Verständnis zeigte Klestil "für die Sorgen der Gemeinden und das Drängen des Gemeindebundes, daß ihnen nicht länger von außen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden, über die sie keine Mitentscheidung haben. Hier muß ein Konsens gefunden werden, damit auch die Gemeinden ihren Beitrag zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien und zur öffentlichen Sparsamkeit leisten können. Subsidiarität kann ja nicht bedeuten, die Lasten einseitig nach unten abzugeben," betonte Klestil.

(Forts.) sa/si

APA0075 1997-05-16/09:11

160911 Mai 97

APA0598 5 II 0219

Do, 15.Mai 1997

Gemeindetag: Klestil: Dank an Gemeindevertreter

Utl.: Gemeinbund hat dazu beigetragen, "Österreich zu dem zu machen, was es heute ist" =

Wien (APA) - Er wisse "sehr gut, wieviel der Gemeinbund in den vergangenen 50 Jahren dazu beigetragen hat, Österreich zu dem zu machen, was es heute ist", erklärte Bundespräsident Thomas Klestil Donnerstag nachmittag beim Empfang der Repräsentanten des Gemeinbundes anlässlich des morgigen 44. Gemeindetags. Sein Dank gelte allen Mitarbeitern und besonders Gemeinbund-Präsident Franz Romeder, der die letzten zehn der insgesamt 50 Jahre an der Spitze des Gemeinbundes stand. ****

Obwohl der Bundespräsident seinen Amtssitz im Leopoldinischen Trakt der Hofburg habe, sei er "draußen im Land zuhause - in den Bezirken, in den Städten und Gemeinden", betonte Klestil. Wenn er "bisweilen in Gefahr gerät, der sogenannten 'veröffentlichten Meinung' zum Opfer zu fallen, was in unserem Land alles schlecht und beklagenswert ist, dann muß ich hinaus - um wieder zu sehen, welch ein blühendes, wunderbares, geordnetes Land dieses Österreich ist".

Klestil bezeichnete es als "eine der großen Aufgaben gerade des Bundespräsidenten, unsere Republik als von unten nach oben gebautes Gemeinschaftswerk zu repräsentieren". Dieser Aufgabe habe sich jeder seiner Vorgänger "mit Stolz und mit Hingabe" gestellt. Er selbst habe sich "von der ersten Stunde an als ein überzeugter und konsequenter Anhänger und Freund des Föderalismus und der Gemeindeautonomie bekannt".

(Schluß) sa

APA0598 1997-05-15/17:10

151710 Mai 97

OTS0236 5 CI 0296 NLK007

Mi, 14.Mai 1997

Wetter/NLK/Ozon

ORIGINALTEXT-SERVICE

Vor dem Jubiläumsgemeindetag:

Utl.: Präs. Romeder pocht auf Konsultationsmechanismus=

St.Pölten (NLK) - "Wir werden beim 44. Österreichischen Gemeindetag von den Vertretern des Bundes und der Länder sehr nachdrücklich Pakttreue hinsichtlich des Konsultationsmechanismus einfordern", betonte der Präsident des Österreichischen Gemeinbundes, Niederösterreichs Landtagspräsident Franz Romeder, heute in einer Pressekonferenz. Er machte damit deutlich, daß die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs am Freitag im Wiener Austria Center nicht nur im Zeichen des 50jährigen Bestehens der Interessenvertretung der kleineren und mittleren Gemeinden stehen wird. Der Gemeinbund verlangt, daß die im Dezember von den Vertretern der Gebietskörperschaften abgeschlossene Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus, die derzeit im Verfassungsausschuß des Nationalrates behandelt wird, noch vor dem Sommer vom Parlament und dann möglichst rasch von allen Landtagen ratifiziert wird.

Romedere bezeichnete den Konsultationsmechanismus, der verhindern soll, daß eine Gebietskörperschaft einer anderen ohne deren Zustimmung zusätzliche finanzielle Belastungen aufbürden kann, als eine der wichtigsten Voraussetzungen, damit die österreichischen Gemeinden auch künftig flächendeckend als größter öffentlicher Auftraggeber und wichtiger Arbeitsplatzsicherer wirken und gleichzeitig ihren Beitrag zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien leisten können. Den Einwand, die Entscheidungsfreiheit der Parlamente wurde dadurch eingeschränkt, läßt er nicht gelten. Diese Entscheidungsfreiheit bestehe weiter, allerdings sei Kostenwahrheit gefordert, und jede Gebietskörperschaft müsse die finanziellen Folgen ihrer Entscheidungen unter Umständen selbst tragen.

Als weitere Anliegen des Gemeindebundes in der nächsten Zeit nannte Romeder Fortschritte bei den Gesprächen über die Bundesstaatsreform, materielle Verbesserungen für die Gemeinden im Zusammenhang mit der Sondernotstandshilfe und eine rechtzeitige Information der Kommunen bei einer Privatisierung der Siedlungswasserwirtschaft, wobei den Gemeinden keine zusätzlichen Belastungen aufgebürdet werden dürfen.

Bei der Hauptveranstaltung des Österreichischen Gemeindetages am Freitag um 10 Uhr im Austria Center werden rund 3.000 Bürgermeister aus ganz Österreich erwartet. Dem Gemeindebund gehören 99 Prozent der österreichischen Kommunen mit fast 70 Prozent der österreichischen Bevölkerung an.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung,

Pressestelle, Tel.: 02742/200/2169

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0236 1997-05-14/15:29

141529 Mai 97

APA0399 5 II 0296

Di, 13.Mai 1997

Kommunales/Gemeindebund/Jubiläum/Vorschau

Österreichischer Gemeindebund feiert 50jähriges Bestehen

Utl.: Festakt am Freitag mit Klestil, Klima und Schüssel =

Wien (APA) - Der Österreichische Gemeindebund, der Verband der kleinen und mittleren Kommunen, feiert sein 50jähriges Bestehen. Unter dem Motto "Grundfeste des Staates ist die freie Gemeinde" steht der 44. Gemeindetag am 15. und 16. Mai im Wiener Austria Center ganz im Zeichen des Jubiläums. Mehr als 1.400 Kommunalpolitiker aus ganz Österreich werden erwartet. ****

Am Donnerstag gibt es ein buntes Festprogramm vom Platzkonzert vor dem Austria Center bis zum festlichen Abendessen mit einer Operettenshow im Palais Ferstel. Daneben steht auch eine Besichtigungstour durch kommunale Einrichtungen in Wien - u.a. auch zu den Entsorgungsbetrieben - auf dem Programm.

In einem Festakt am Freitag werden auch Bundespräsident Thomas Klestil, Bundeskanzler Viktor Klima und Vizekanzler Wolfgang Schüssel sprechen. Der Städtebund wird durch den Wiener Bürgermeister Michael Häupl, die Landeshauptleuterkonferenz durch den niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll vertreten sein. Innenminister Karl Schöllger wird in seiner Eigenschaft als oberste Gemeindeaufsichtsbehörde zu den Gemeindevertretern sprechen.

Der Bund wurde 1947 gegründet - als Reaktion auf den ersten Finanzausgleich, bei dem sich die Gemeinden benachteiligt fühlten. Einer der Gründerväter war der spätere steirische Landeshauptmann Josef Krainer sen. Dem Bund gehören 2.342 der 2.354 Gemeinden an (sofern sie nicht dem Städtebund angehören). Damit vertritt er 68 Prozent der Gesamtbevölkerung. Seit 1987 steht dem Gemeindebund der niederösterreichische Landtagspräsident Franz Romeder vor.

Als die größten Erfolge seiner Geschichte sieht der Gemeindebund: die Gemeindegesetznovelle 1962, mit der die Selbstverwaltung wirksamer gestaltet wurde, die Verankerung des Gemeindebundes in der Verfassung im Jahre 1988 und den Konsultationsmechanismus, der verhindern soll, daß die Gebietskörperschaften einander durch Gesetze und Verordnungen ohne ausdrückliche Zustimmung finanziell belasten. Beim Konsultationsmechanismus drängt der Gemeindebund auf eine rasche Beschlußfassung durch den Nationalrat.

(Schluß) mv/si/ul

APA0399 1997-05-13/13:51

131351 Mai 97

OTS0075 5 CI 0156 NLK003

Mo, 12.Mai 1997

NLK/NÖ/Jubiläums-Gemeindetag/Wien

ORIGINALTEXT-SERVICE

Österreichs größte kommunale Veranstaltung Jubiläums-Gemeindetag in Wien=

Niederösterreich (NLK) - „50 Jahre Österreichischer Gemeindebund - Grundfeste eines freien Staates ist die freie Gemeinde“ - so lautet das Motto des 44. Österreichischen Gemeindetages, zu dem sich bereits mehr als 2.700 Kommunalpolitiker aus ganz Österreich angemeldet haben. Im Mittelpunkt wird am Freitag, 16. Mai, im Wiener Austria-Center bei der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs selbstverständlich das Jubiläum der Interessenvertretung der kleineren und mittleren Gemeinden stehen. Aber, so Gemeindebund-Präsident Franz Romeder, es werden auch aktuelle Probleme und Zukunftsaspekte eine gewichtige Rolle spielen.

Der Bedeutung der jubelnden Interessenvertretung entspricht auch die Liste der Festredner: Bundespräsident Dr. Thomas Klestil, Bundeskanzler Mag. Viktor Klima, Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Innenminister Mag. Karl Schlögl, Niederösterreichs Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für die LH-Konferenz und Bürgermeister Dr. Michael Häupl für die gastgebende Bundeshauptstadt und den Österreichischen Städtebund.

Parallel zum Gemeindetag läuft im Austria-Center die Kommunalmesse, die Präsident Romeder bereits am Donnerstag, 15. Mai, eröffnen wird.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0075 1997-05-12/11:25

121125 Mai 97
